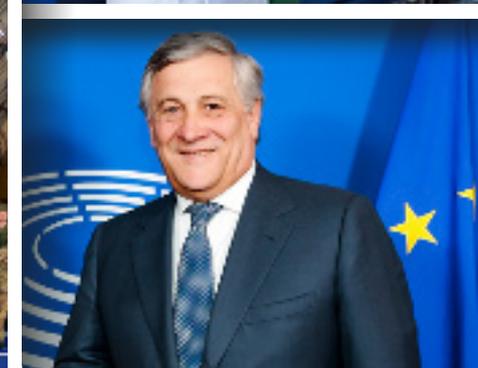
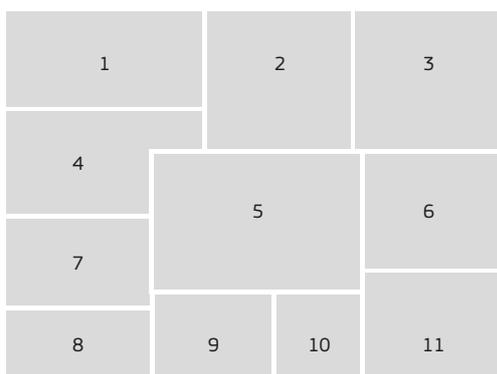


Die EU im Jahr 2017



DAS WICHTIGSTE
IM ÜBERBLICK

Auf dem Deckblatt



1. Anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge formen über 900 Bedienstete der Europäischen Kommission eine 60. (© Europäische Union)
2. Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission. (© Europäische Union)
3. Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, der indische Premierminister Narendra Modi und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker auf dem EU-Indien-Gipfel. Neu-Delhi, Indien, 6. Oktober 2017. (© Europäische Union)
4. Am 9. März 2017 wählt der Europäische Rat Donald Tusk für eine zweite Amtszeit von zweieinhalb Jahren (1. Juni 2017 bis 30. November 2019) wieder zu seinem Präsidenten. (© Europäische Union)
5. Gruppenfoto mit Spitzenvertretern der EU und der Mitgliedstaaten beim EU-Gipfel in Brüssel vom 14. Dezember 2017 anlässlich des Beginns der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, die Mitgliedstaaten, welche dazu bereit sind, eine größere Zusammenarbeit in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen ermöglicht. (© Europäische Union)
6. Antonio Tajani wird am 17. Januar 2017 als Nachfolger von Martin Schulz zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. (© Europäische Union)
7. Am 15. Juni 2017 werden die Roaminggebühren in der EU abgeschafft. EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat unterwegs sind, können dort jetzt zu Inlandspreisen telefonieren, SMS versenden und Daten herunterladen. (© Europäische Union)
8. Auf dem Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum im schwedischen Göteborg wird am 17. November 2017 die europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. (© Europäische Union)
9. Fragestellerin bei einem der 316 Bürgerdialoge, die im Jahr 2017 in der EU stattfanden. Toruń (Thorn), Polen, 29. Mai 2017. (© Europäische Union)
10. Die Europäische Union gedenkt des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der am 16. Juni 2017 im Alter von 87 Jahren verstarb. (© Europäische Union)
11. Der maltesische Premierminister Joseph Muscat, der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker auf einer Pressekonferenz während des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU in Malta am 3. Februar 2017. (© Europäische Union)

Die EU im Jahr 2017

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK

Veröffentlicht nach Artikel 249 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union



Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Links zu Online-Inhalten ist in den Formaten PDF, EPUB und HTML unter folgender Adresse verfügbar:

europa.eu/general-report/de

Die nachstehende Einleitung wurde aus dem Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union übernommen, der unter der gleichen Internet-Adresse verfügbar ist.

Die EU im Jahr 2017 – Das Wichtigste im Überblick

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Bürgerinformation
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Print	ISBN 978-92-79-71195-4	ISSN 2443-9088	doi:10.2775/992810
PDF	ISBN 978-92-79-71139-8	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/05874
EPUB	ISBN 978-92-79-71172-5	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/076555

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2018

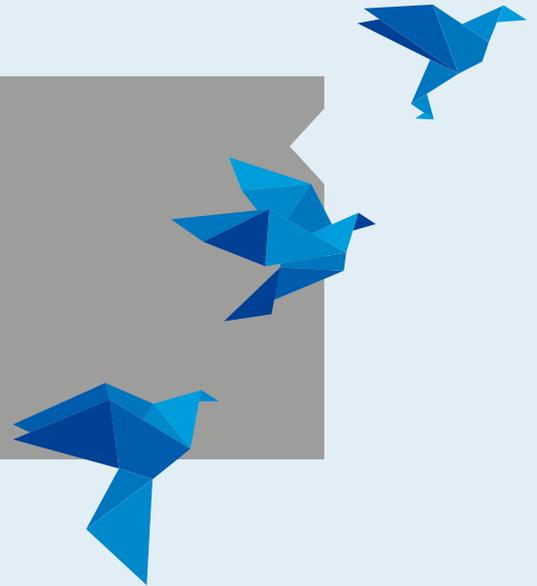
© Europäische Union, 2018

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung der Copyright-Inhaber eingeholt werden.



© European Union

Vorwort



Präsident der Europäischen Kommission
Jean-Claude Juncker

2017 war ein entscheidendes Jahr für die Europäische Union. Ein Jahr, in dem wir den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert haben. Ein Jahr, das uns vor Augen geführt hat, wie viel sich in den letzten sechs Jahrzehnten geändert hat: Unsere Union ist größer, stärker und vielfältiger als 1957.

2017 war auch das Jahr, in dem wir bekräftigt haben, wofür wir gemeinsam stehen. Die Werte und Ziele, auf die sich unsere Union gründet, sind auch heute noch die Triebfedern Europas: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Achtung der Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit – diese Prinzipien einigen und schützen uns.

In den letzten Jahren haben wir viel erreicht. Wir arbeiten an der Umsetzung aller zehn Prioritäten, die die Kommission aufgestellt hat und die das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten gebilligt haben. Damit erfüllen wir den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger Europas und ihr Parlament nach den Wahlen im Jahr 2014 erteilt haben. Im vorliegenden Bericht werden unsere im Jahr 2017 erzielten Fortschritte beschrieben.

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments hat festgestellt, dass die aktuelle Kommission in den drei Jahren seit ihrem Amtsantritt bereits 80 % der von ihr angekündigten Initiativen vorgelegt hat. In einigen prioritären Bereichen wie dem digitalen Binnenmarkt beträgt dieser Anteil sogar 94 %, d. h., für fast alle ursprünglich angekündigten Initiativen ist der Gesetzgebungsprozess angelaufen.

Der Wirtschaftsaufschwung dauert mittlerweile fünf Jahre an und ist in wirklich jedem Mitgliedstaat angekommen, und in den Jahren 2016 und 2017 war unser Wachstum größer als in den Vereinigten Staaten und in Japan. Die Beschäftigung ist auf einem Rekordhoch, die Arbeitslosenquote so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Unsere Investitionsoffensive für Europa hat bereits neue Investitionen von über 256 Mrd. EUR angestoßen, die zur Schaffung von mehr als 300 000 Arbeitsplätzen beigetragen haben. Ich freue mich sehr, dass das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten grünes Licht dafür gegeben haben, die Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen bis 2020 zu verlängern und ihn auf mindestens 500 Mrd. EUR aufzustocken.

Bei meinem Amtsantritt habe ich versprochen, dass wir uns ambitioniert großen Fragen widmen und uns in Detailfragen zurückhalten werden. Entsprechend

haben wir die Zahl neuer Vorschläge im Vergleich zu früheren Kommissionen reduziert: von jährlich weit über 100 größeren Initiativen auf nur 21 im Jahr 2017. Im Zentrum standen konkrete Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern. Ein Beispiel ist die Abschaffung der Roaminggebühren, sodass die Bürgerinnen und Bürger bei Reisen innerhalb der EU keinen Aufpreis mehr zahlen müssen, um eine SMS zu versenden, zu telefonieren oder im Internet zu surfen.

Dank der neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache, die in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien im Einsatz ist, sind wir besser für Herausforderungen in den Bereichen Migration und Sicherheit gerüstet. Wir arbeiten daran, die eigentlichen Ursachen der Migration zu bekämpfen, sodass die Menschen bessere Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern haben. Zugleich steht die Solidarität weiterhin im Mittelpunkt der EU-Migrationspolitik. Europa wird niemals diejenigen abweisen, die wirklich schutzbedürftig sind.

Ab Mai 2018 werden erstmals EU-weite Regeln für die Cybersicherheit gelten, um unsere Netze zu schützen und die Sicherheit unserer Informationssysteme zu gewährleisten. Europa setzt sich weltweit für Maßnahmen zum Klimaschutz ein und spielt eine führende Rolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens.

Zugleich haben wir Vorhaben umgesetzt, die viele Beobachter zu Beginn unserer Amtszeit noch für utopisch hielten. 25 Mitgliedstaaten haben eine dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung und Sicherheit vereinbart. Dies ist ein großer Schritt nach vorn, der dazu beitragen wird, Europa erheblich stärker und sicherer zu machen. Als ich 2014 als designierter Kommissionspräsident einen entsprechenden Vorschlag machte, wurde dies von vielen als frommer Wunsch abgetan. Jetzt ist der Wunsch Wirklichkeit geworden, und es wird deutlich, was man erreichen kann, wenn man zusammensteht und sich ehrgeizige Ziele setzt.

Gleiches gilt für das vor 60 Jahren gegebene Versprechen Europas, für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt zu sorgen. Im November 2017 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU in Göteborg zu einem Sozialgipfel zusammen, um über gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren und wertvolle Erfahrungen auszutauschen. Zugleich proklamierten wir auf dem Gipfel die europäische Säule sozialer Rechte und lösten damit jenes Versprechen ein, für Gerechtigkeit und für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Auch was den freien und gerechten Handel angeht, haben wir uns mutig zu unseren Überzeugungen bekannt. Durch das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan könnten unsere Gesamtausfuhren nach Japan um über ein Drittel anwachsen, und die Belastung von EU-Unternehmen durch Zölle könnte um 1 Mrd. EUR sinken. Unser Handelsabkommen mit Kanada wird den Unternehmen in der EU Einsparungen von fast 600 Mio. EUR pro Jahr ermöglichen. Zugleich haben wir mit unserem Vorschlag zur Überprüfung von Investitionen und mit der Modernisierung unserer Handelsschutzinstrumente aber auch deutlich gemacht, dass wir keine naiven Freihändler sind.

All dies zeigt, dass Europa 2017 wirklich wieder Wind in den Segeln hatte, sodass wir mit Stolz und Zuversicht in die Zukunft blicken. Dies kam auch zum Ausdruck, als wir diejenigen ehrten, die ihr Lebenswerk in den Dienst unserer gemeinsamen Werte und des Friedens gestellt haben. Für Dr. Helmut Kohl fand im Juli im Europäischen Parlament in Straßburg der allererste europäische

Trauerakt statt – ein würdiger Rahmen, um diesem Ehrenbürger Europas Respekt zu zollen.

Doch der beste Weg, um herausragende Europäerinnen und Europäer wie Helmut Kohl oder Simone Veil zu würdigen, die Europa entscheidend mitgestaltet haben, besteht meiner Meinung nach darin, unseren Kindern eine bessere Union zu hinterlassen, genau wie es unsere Eltern und Großeltern für uns getan haben.

Mit diesem Ziel vor Augen veröffentlichten wir im März das Weißbuch zur Zukunft Europas. Es sollte eine offene, ehrliche Debatte über unsere Zukunft anstoßen – darüber, wie sich die Union bis 2025 weiterentwickeln könnte, je nachdem, welche Entscheidungen wir heute treffen. Wir haben diese Debatte im Rahmen von über 300 Bürgerdialogen in 27 Ländern geführt und Millionen von Menschen über die sozialen Medien erreicht. Als zentrale Botschaft wurde uns Folgendes mitgegeben: Europa muss seine Zukunft selbst in die Hand nehmen, sollte sich auf das konzentrieren, was wirklich zählt, und konkrete Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger erzielen.

Vor diesem Hintergrund habe ich im September in der Rede zur Lage der Union meine Vision einer stärkeren, enger vereinten und demokratischeren Union dargelegt. Ich möchte eine Union, in der wir uns auf Augenhöhe begegnen, die auf die wesentlichen Dinge fokussiert ist und die allen Menschen Hoffnung, Stabilität, Gerechtigkeit und Chancen bietet.

Diese Zukunft darf nicht abstrakt bleiben. Wir müssen heute damit anfangen, sie zu gestalten. Deshalb habe ich auch einen genauen Fahrplan aufgestellt, damit alle Weichen gestellt sind, bis die 27 europäischen Staats- und Regierungschefs am 9. Mai 2019 im rumänischen Sibiu zu einem Sondergipfel zusammenkommen, um das Fundament für unsere gemeinsame Zukunft nach dem Brexit zu legen.

Die ersten Schritte haben wir bereits unternommen: Im Dezember haben wir wichtige Vorschläge vorgelegt, um unsere Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und einen sicheren Wirtschaftsraum zu schaffen, der allen Menschen Chancen bietet. Unsere Vorschläge – von der Gründung eines Europäischen Währungsfonds über die Einrichtung einer eigenen Haushaltslinie für den Euro-Raum bis hin zur Schaffung des Amtes eines europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen – sind Mittel zum Zweck: Es geht darum, Arbeitsplätze zu schaffen und für Wachstum und Investitionen zu sorgen.

Bei jedem weiteren Schritt auf dem Weg nach Sibiu müssen wir darauf achten, dass Europa geeint bleibt.

Dieses Jahr hat uns gezeigt, dass Europa mehr ist als nur ein Binnenmarkt, mehr als eine einheitliche Währung und mehr als Institutionen und Verträge. Europa ist eine Union der Menschen und der gemeinsamen Kulturen. Und genau dieses vielfältige Mosaik aus Kulturen und Kulturerbe wollen wir 2018 feiern: im Europäischen Jahr des Kulturerbes, das im Dezember in Mailand eröffnet wurde.

Für dieses Europa werden wir auch 2018 weiter kämpfen.



Jean-Claude Juncker

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 1

„Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

© iStockphoto.com/Rawpixel



Ein neuer Impuls für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Vor dem Hintergrund einer insgesamt positiven Konjunkturerwicklung war die Förderung von Wachstum und Beschäftigung auch im Jahr 2017 oberste Priorität der EU. Um die Wirtschafts- und Finanzkrise vollständig hinter sich lassen zu können, musste die EU widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger werden und gleichzeitig neue Möglichkeiten für diejenigen sicherstellen, die am stärksten von der Krise betroffen waren. Es galt, das richtige Gleichgewicht zwischen nachhaltigen öffentlichen Finanzen und einem haushaltspolitischen Kurs zu finden, der zur Stärkung der wirtschaftlichen Erholung beiträgt.

Die Anstrengungen konzentrierten sich weiterhin darauf, die positive Beschäftigungsentwicklung zu unterstützen. Im November lag die [saisonal bereinigte Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet bei 8,7 %](#).

Das ist der niedrigste Stand seit Januar 2009.

Im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (erster Pfeiler der Investitionsoffensive für Europa) wurden EU-weit bereits mehr als 256 Mrd. EUR an neuen Investitionen mobilisiert, wodurch die Schaffung von 300 000 Arbeitsplätzen gefördert wurde. Auf der Grundlage der 2015 und 2016 genehmigten Projekte werden bis zum Jahr 2020 durch den Fonds 700 000 Arbeitsplätze unterstützt und das Bruttoinlandsprodukt der EU um 0,7 % angehoben worden sein. Vor dem Hintergrund dieses Erfolgs schlug Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine Ausweitung des Fonds vor.

Im Dezember wurde vereinbart, das angestrebte Investitionsvolumen und die Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische

Investitionen zu erhöhen, und zwar auf mindestens 500 Mrd. EUR bis 2020 – ein erheblicher Anstieg gegenüber dem ursprünglichen Zielwert der Investitionsoffensive von 315 Mrd. EUR an neuen Investitionen. Im November proklamierten das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission die europäische Säule sozialer Rechte, die als Kompass für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik und als Bezugsrahmen für die Messung der Leistung der Mitgliedstaaten dienen wird.

Um die Wirtschaft der EU weiter anzukurbeln, leistete die EU das ganze Jahr über einen Beitrag zu den Bemühungen auf nationaler Ebene, u. a. durch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Bildung, Forschung und Innovation, Regionalpolitik, Verkehr, Beschäftigung, Umwelt, Landwirtschaft und Fischerei.

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 2

Die EU setzte den Aufbau des digitalen Binnenmarkts fort, um weitere Hindernisse im Online-Umfeld zu beseitigen. Außerdem setzte sie sich dafür ein, dass Bürger, Behörden und Unternehmen die Möglichkeiten des Internets und anderer digitaler Technologien in vollem Umfang für sich nutzen können. Im Jahr 2017 wurden die meisten der Legislativvorschläge und politischen Initiativen vorgelegt, die in der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt von 2015 angekündigt worden waren.

Überdies hat die EU die Roaminggebühren abgeschafft. Das bedeutet, dass die Verbraucher nun, wenn sie

innerhalb der Europäischen Union unterwegs sind, für Anrufe, SMS und mobile Datennutzung den gleichen Preis wie zu Hause zahlen.

Ab 2018 werden die Bürger ihre vorbezahlten Filme, Sportsendungen und Musikprogramme auch auf Reisen in der EU empfangen und ihre Videospiele online nutzen können. Außerdem werden Mittel der Europäischen Union dazu beitragen, dass der Wi-Fi-Zugang zum Internet an öffentlichen Orten ermöglicht wird.

Die EU machte von ihren Durchsetzungsbefugnissen Gebrauch, um die Verbraucher besser zu schützen und einen

fairen Wettbewerb in der Online-Plattformwirtschaft zu gewährleisten. Sie verhängte eine Geldbuße in Höhe von 2,42 Mrd. EUR gegen Google, weil das Unternehmen seinen eigenen Preisvergleichsdienst in unzulässiger Weise bevorzugt und dadurch seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht hatte. Im September kündigte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in seiner Rede zur Lage der Union mehrere Maßnahmen zum Schutz der EU vor Cyberangriffen an. Im gleichen Monat legte die Kommission Maßnahmen zur Verbesserung des freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten vor und stellte Leitlinien und Grundsätze auf, um dem Problem der Nutzung von Online-Plattformen für die Verbreitung illegaler Online-Inhalte zu begegnen.

Der estnische Ratsvorsitz organisierte im September in Tallinn einen Gipfel, auf dem die EU ihre Auffassung bekräftigte, dass sie ihre wirtschaftliche Zukunft auf einer starken und geeinten Politik im digitalen Bereich aufbauen muss.



© iStockphoto.com/hombosan

Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

„Ich bin der Überzeugung, dass wir die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen müssen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 3

„Ich möchte die Energiepolitik Europas reformieren und neu strukturieren und eine neue europäische Energieunion schaffen. ... Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf unserem Kontinent erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

© iStockphoto.com/william87



Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik

Klimaschutz ist ohne eine umweltfreundliche Energieerzeugung und -nutzung nicht möglich. Die Umgestaltung unserer Energiesysteme ist daher Voraussetzung für den Aufbau einer CO₂-armen Gesellschaft in der EU. Zwei Jahre nach der Vorlage der Strategie für die Energieunion sind deutliche Fortschritte bei der Modernisierung der EU-Wirtschaft und beim Übergang zu einem CO₂-armen Zeitalter zu erkennen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind hinsichtlich der Ziele der Energieunion weiterhin gut vorangekommen. Dies lässt sich insbesondere bei den Energie- und Klimavorgaben für die Treibhausgasemissionen, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien feststellen. Eine umweltfreundliche Energieversorgung kann zur Schaffung von 900 000 neuen Arbeitsplätzen und von 2021 an zu Investitionen von

jährlich 177 Mrd. EUR führen. Mit der politischen Einigung auf die Vorschriften für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sind die Verhandlungen zum ersten von acht Legislativvorschlägen des 2016 vorgelegten Pakets „**Saubere Energie für alle Europäer**“ inzwischen abgeschlossen.

2017 setzte die EU ihre Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels fort und wirkte dazu unter anderem beständig darauf hin, die mit dem Übereinkommen von Paris verbundene Dynamik in der internationalen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten und somit die Welt bei der Vermeidung gefährlicher Klimaänderungen auf Kurs zu bringen.

In Bezug auf die Legislativvorschläge zur Umsetzung der Klimaschutzverpflichtung der EU, die EU-internen

Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu senken, waren deutliche Fortschritte zu erkennen.

So wurden im Dezember politische Vereinbarungen zur Lastenteilungsverordnung – Emissionssenkung in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Abfall- und Landwirtschaft – und zu neuen Vorschriften für die Verbuchung von Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft erzielt. Zusammen mit der Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems für die Zeit nach 2020 bilden diese Einigungen das rechtliche Grundgerüst der EU-Klimapolitik bis 2030.

Zudem legte die Europäische Kommission ihre Agenda für einen sozial verträglichen Übergang zu einem sauberen, wettbewerbsfähigen und vernetzten Mobilitäts- und Verkehrssektor vor.

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 4

Der Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der EU. Als Motor des Wirtschaftswachstums in den EU-Mitgliedstaaten erleichtert er den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen den Alltag. Dem reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts stehen jedoch nach wie vor Hindernisse entgegen, sodass Potenzial für mehr Wachstum und Beschäftigung noch brachliegt.

Die EU ist bestrebt, den Binnenmarkt in zweierlei Hinsicht besser zu gestalten: Zunächst soll sichergestellt werden, dass die geltenden Vorschriften auch wirklich eingehalten werden. Zweitens soll es Dienstleistern in bestimmten Branchen erleichtert werden, ihre Leistungen in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu erbringen. Zudem gilt es zu vermeiden, dass Handelswaren an Grenzübergängen blockiert werden. All dies soll in einem System verwirklicht werden, in dem fairer Wettbewerb herrscht, Betrug bekämpft

„In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in alle Richtungen ausschöpfen.“

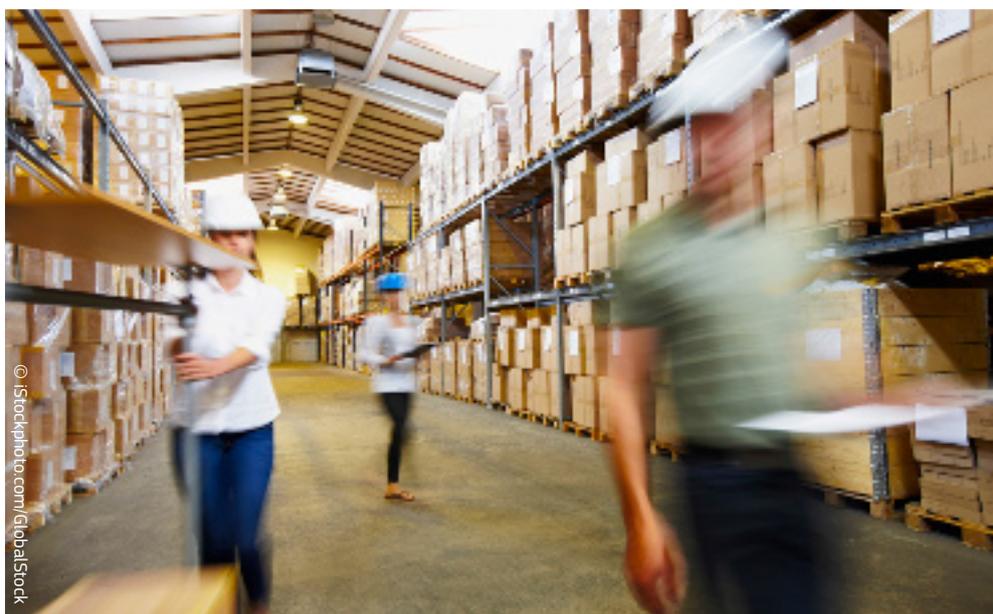
Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

und die grenzüberschreitende Besteuerung unkompliziert gehalten wird.

Im Jahr 2017 wurden Maßnahmen zum Ausbau von EURES ergriffen, dem europäischen Portal zur beruflichen Mobilität, mit dem Arbeitsuchende eine Stelle und Unternehmen die benötigten Talente finden können. Da die Bürgerinnen und Bürger in einem Mitgliedstaat arbeiten und gleichzeitig im Sozialversicherungssystem eines anderen Mitgliedstaats registriert sein können, wurde über einen Legislativvorschlag weiterverhandelt, mit dem für Gerechtigkeit und soziale Nachhaltigkeit gesorgt werden soll. Dies ging mit

Maßnahmen zur Eindämmung der Schwarzarbeit und zur weiteren Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz einher.

Damit Waren und Personen problemlos über Ländergrenzen kommen, bedarf es guter Verkehrsnetze. Die Bemühungen um einen weiteren Ausbau dieser Netze, insbesondere in den weniger gut erschlossenen Regionen, wurden das ganze Jahr hindurch fortgesetzt. Die betreffenden Regionen erhalten auch Unterstützung, damit sie ihre Stärken zur Geltung bringen können. Somit können selbst die entlegensten Gebiete am Binnenmarkt teilhaben.



Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 5

Auf dem Weg zur Schaffung einer vertieften und faireren Wirtschafts- und Währungsunion mit einer umfassenden Bankenunion hat die EU im Jahr 2017 mehrere Etappenziele erreicht. Nach der Vollendung dieses Vorhabens wird die EU aktuellen und neuen Herausforderungen besser begegnen können und durch starke Institutionen und demokratische Rechenschaftspflicht gewährleisten, dass Europa auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene weiter zusammenwächst und Wachstum und Beschäftigung steigen.

Aufbauend auf dem Bericht der fünf Präsidenten vom Juni 2015 und im Rahmen der breiten Debatte, die im März mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas angestoßen wurde, veröffentlichte die Europäische Kommission im Mai 2017 ein Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Im Oktober rief die Kommission dazu auf, die Bankenunion als festen Bestandteil ihres Plans

„In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

für eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion mit den damit einhergehenden greifbaren Vorteilen für Bürger und Unternehmen zu vollenden.

Im Dezember wurde mit der Vorlage des Maßnahmenpakets der Kommission für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ein weiteres Etappenziel erreicht. Mit einem Fahrplan und mehreren konkreten Maßnahmen ist die Europäische Kommission der Ankündigung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 nachgekommen, die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vertiefen zu wollen.

Zu den Vorschlägen gehört die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds innerhalb des Rechtsrahmens der EU, um Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets im Fall finanzieller Schwierigkeiten zu unterstützen. Ferner ist in diesem Paket ein Konzept der Kommission enthalten, wie bestimmte, für das Euro-Währungsgebiet und die EU insgesamt maßgebliche Haushaltsfunktionen wahrgenommen werden können, um zusätzliche Unterstützung zu bieten. Dies würde den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer Strukturreformen helfen.

© iStockphoto.com/Instamatics



Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 6

„Ich bin nicht bereit, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern. Insbesondere die Sicherheit unserer Lebensmittel und der Schutz personenbezogener Daten der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind für mich als Kommissionspräsident nicht verhandelbar. Ebenso wenig werde ich akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die EU ist einer der offensten Wirtschaftsräume weltweit. Entsprechend ambitioniert ist ihre Agenda für Handelsverhandlungen. Die EU will Märkte öffnen und für ihre Unternehmen in allen Teilen der Welt faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Die EU-Wirtschaft ist auf Handel angewiesen. Jede im Export erwirtschaftete Milliarde Euro sichert in Europa 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Offenheit in Verbindung mit hohen Standards ist und bleibt der beste Weg, um zu erreichen, dass die Globalisierung allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugutekommt.

Angesichts dessen, dass 31 Millionen Arbeitsplätze in der EU am Export hängen, dass vier Fünftel der Einfuhren in die EU als Vorleistungen für in der EU produzierte Waren und Dienstleistungen benötigt werden und dass 90 % des globalen Wachstums in den kommenden Jahrzehnten außerhalb der EU generiert



Eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik – Meistern der Globalisierung

werden dürften, ist ein offener Handel für die Europäische Union wichtiger denn je.

Die EU setzt auf ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem als Grundlage für ihren Wohlstand und spielt nach wie vor eine führende Rolle in der Welthandelsorganisation. Wenn andere gegen die Welthandelsregeln verstoßen oder unfaire Handelspraktiken anwenden, setzt sich die EU dafür ein, die Interessen der europäischen Unternehmen und Beschäftigten zu verteidigen.

Im Jahr 2017 haben die EU und Japan ihre Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zum Abschluss gebracht. Außerdem hat 2017 die vorläufige Anwendung des zwischen der EU und Kanada geschlossenen Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens begonnen. Die EU kann gute Fortschritte bei verschiedenen bilateralen Handelsverhandlungen vermelden und hat

Handelsgespräche mit Chile aufgenommen. Die Europäische Kommission hat darüber hinaus die Aufnahme von Handelsgesprächen mit Australien und Neuseeland vorgeschlagen.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben eine Einigung über einen Vorschlag zur Modernisierung der Handelsschutzinstrumente erzielt, und es wurde eine neue Methode zur Berechnung von Dumping eingeführt, um dem der EU zur Verfügung stehenden Instrumentarium größere Durchschlagskraft zu verleihen. Die Kommission hat einen neuen Rahmen für die Überprüfung strategischer Investitionen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union vorgeschlagen, und die EU hat konkrete Schritte unternommen, um gegen unethische Praktiken wie den Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten (sogenannten „Konfliktmineralien“) vorzugehen.

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 7

Die Bekämpfung des Terrorismus war nach wie vor eine politische Priorität der EU für das Jahr 2017, wobei bereits große Fortschritte beim Aufbau einer wirksamen und echten Sicherheitsunion unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte erzielt wurden.

Die EU hat die Europäische Sicherheitsagenda umgesetzt, indem sie Reisen und Ausbildung zu terroristischen Zwecken unter Strafe gestellt hat und entschlossener gegen Terrorismusfinanzierung sowie Schusswaffen-, Drogen- und Menschenhandel vorgeht. Zudem wurden neue Verbesserungen vorgeschlagen, um die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen,

Informationen über Straftäter effizienter auszutauschen.

Es wurde weiter an der Umsetzung neuer Vorschriften zum Schutz der personenbezogenen Daten von EU-Bürgern in der gesamten EU und darüber hinaus gearbeitet, die 2018 in Kraft treten werden. Parallel dazu machte sich die EU insbesondere mit Japan, Südkorea und den Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene weiterhin für Datenschutzstandards stark. Die erste jährliche Überprüfung des Rahmens für den EU-US-Datenschutzschild, der einen stärkeren Schutz der transatlantischen Datenströme bietet, war ein wichtiger Meilenstein

für die Zusammenarbeit in Datenschutzfragen.

Eine Reihe bekannter Internetunternehmen reagierte auf den EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hetze im Internet und ging schneller und rigorosere gegen illegale Inhalte auf ihren Seiten vor.

Zwanzig Mitgliedstaaten vereinbarten, eine Europäische Staatsanwaltschaft einzurichten, um intensiver Straftaten zu bekämpfen, die den EU-Haushalt beeinträchtigen.

Die EU hat überdies Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz ergriffen und das Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterzeichnet.



© iStockphoto.com/bowie15

Ein auf gegenseitigem Vertrauen basierender Raum des Rechts und der Grundrechte

„Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik

In den vergangenen Jahren war Europa mit einem beispiellosen Zustrom von Asylbewerbern und anderen Migranten konfrontiert. Seit Beginn der Krise haben rund drei Millionen Menschen in der Europäischen Union internationalen Schutz beantragt – zumeist Menschen, die vor Krieg und Terror in Syrien und anderen Ländern geflohen sind. Die EU leistet hier Hilfe an vorderster Front. Allein im Jahr 2016 haben die EU-Mitgliedstaaten über 720 000 Flüchtlingen Asyl gewährt und diese neu angesiedelt – dreimal so viele wie Australien, Kanada und die USA zusammen.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, wurden 2016 zahlreiche neue EU-Maßnahmen ins Leben gerufen. Sie wurden 2017 ausgebaut. Dazu zählen beispielsweise Rettungseinsätze, etwa um mehr Menschen auf

See zu bergen, die Sicherung der EU-Außengrenzen, insbesondere durch das „Hotspot“-Konzept, sowie die Schaffung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Ferner wurden die Anstrengungen zur Umverteilung und Neuansiedlung von schutzbedürftigen Menschen verstärkt. Weitere Schwerpunkte waren die Entwicklung eines faireren Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, der bessere Schutz unbegleiteter Minderjähriger sowie neue Maßnahmen im Kampf gegen Schleuser.

Zudem ging es darum, neue Wege für die legale Migration zu schaffen und die Integration von Flüchtlingen und anderen Migranten in den Arbeitsmarkt zu fördern. Darüber hinaus stockte die EU im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und

„Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zuallererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir im Geiste der Solidarität eng zusammenarbeiten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

des Fonds für die innere Sicherheit ihren finanziellen Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts für die effiziente Steuerung der Migrationsströme auf.

2017 hat die EU auch die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migranten verstärkt, um die Ursachen irregulärer Migration anzugehen und die Schleuserkriminalität zu bekämpfen. Die EU unterstützte diese Länder bei der Verbesserung ihrer Strategien für Grenzmanagement und Migration sowie bei der Verbesserung ihrer Aufnahmebedingungen. Zahlreiche Projekte und Programme wurden über den Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika gefördert. Ferner verstärkte die EU ihre Rückkehr- und Rückführungsaktionen.

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 9

„In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

© European Union



Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

Im Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik der EU stehen die Förderung von Frieden und Sicherheit, der Entwicklungszusammenarbeit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Reaktion auf humanitäre Notfälle und Klimakatastrophen.

Auf internationaler Ebene setzt sich die EU mit den ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und humanitären Mitteln für die friedliche Lösung von Konflikten, insbesondere in Libyen, Syrien und der Ukraine, ein.

Sie hat im Jahr 2017 die Umsetzung der Atomvereinbarung mit Iran weiter beaufsichtigt, wobei in mehreren Bereichen Fortschritte zu verzeichnen waren. Sie wirkte außerdem auf ein geschlossenes Auftreten gegenüber Nordkorea hin.

Im Anschluss an die Veröffentlichung des Reflexionspapiers über die Zukunft der europäischen Verteidigung

und der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union erzielte die EU weiterhin bemerkenswerte außen- und sicherheitspolitische Fortschritte. Die Europäische Kommission richtete einen Europäischen Verteidigungsfonds ein, um die Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit bei Produkten und Technologien der Verteidigungsindustrie zu fördern.

Der Fonds, aus dem bis 2020 bereits 90 Mio. EUR in Forschung und 500 Mio. EUR in Entwicklung investiert werden sollen, wird den Weg für einen vollständig ausgebauten Europäischen Verteidigungsfonds ebnen, der nach 2020 Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. EUR pro Jahr bereitstellen soll.

Im Dezember beschlossen insgesamt 25 Mitgliedstaaten eine **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**, d. h. einen rechtlich verbindlichen Rahmen für eine engere Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Damit wurde ein

Meilenstein in der Entwicklung der Europäischen Union erreicht.

Die Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Agenda 2030 war ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der EU im Jahr 2017, in dem der neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik unterzeichnet wurde. Die Kommission schlug eine neue europäische Investitionsoffensive für Drittländer vor, die Investitionen in Afrika sowie den Nachbarländern der EU mobilisieren und auf diese Weise die Partnerschaften der EU stärken und zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen soll.

Die EU stellte für 120 Millionen Menschen in 80 Ländern humanitäre Hilfe, Nahrungsmittel, Unterkünfte, Bildungsmöglichkeiten und medizinische Versorgung bereit und bewies so ihre Solidarität mit Menschen in aller Welt.

DIE EU IM JAHR 2017 PRIORITÄT 10

2017 jährte sich zum 60. Mal der Tag, an dem die Gründungsverträge der Europäischen Union unterzeichnet wurden. Dies war ein wichtiger Anlass, die bisherigen Errungenschaften zu würdigen und die Werte zu feiern, die die Europäer heute miteinander verbinden. Es war auch eine Gelegenheit zu prüfen, in welchen Bereichen weitere Verbesserungen möglich sind und vor welchen Herausforderungen die EU nun steht, da sie ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufschlägt.

Um die Diskussion über das weitere Vorgehen in Gang zu bringen, veröffentlichte die Europäische Kommission im März ein Weißbuch zur Zukunft Europas. Darin sind die wichtigsten Herausforderungen und Chancen skizziert, die im kommenden Jahrzehnt zu erwarten sind, sowie fünf Szenarios einer möglichen Entwicklung der EU bis 2025. Es folgte eine Reihe von Reflexionspapieren zu den entscheidenden Fragen

„Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die ... besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. ... Ferner setze ich mich für größere Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten ein.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

für die Zukunft der EU, die zu Diskussionen in mehr als 2 000 öffentlichen Veranstaltungen in ganz Europa anregten.

In seiner im September gehaltenen **Rede zur Lage der Union** blickte Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, auf ein Jahr mit neuem Optimismus und Ehrgeiz für das Projekt Europa zurück, die der starken politischen Führung durch die EU-Organe und die Mitgliedstaaten zu verdanken sind. Er stellte seine Vision für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union vor. Gleichzeitig präsentierte er einen Fahrplan mit den wichtigsten

Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Arbeit an den zehn politischen Prioritäten der Kommission vor Ende ihrer Amtszeit abzuschließen, sowie eine Reihe zukunftsgerichteter Initiativen. Zum weiteren Weg der Europäischen Union wird am 9. Mai 2019 ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EU-27 im rumänischen Hermannstadt (Sibiu) stattfinden.

Die Kommission konzentrierte sich weiter darauf, die Qualität von Politikgestaltung und Rechtsetzung der EU zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften den Menschen, die von ihnen betroffen sind, besser gerecht werden.



Eine Union des demokratischen Wandels

Weitere Informationen über die Europäische Union

DIE EU IM INTERNET

Informationen über die Europäische Union sind in allen Amtssprachen abrufbar unter:

https://europa.eu/european-union/index_de

BESUCHEN SIE UNS!

In ganz Europa gibt es Hunderte örtliche EU-Informationszentren. Die Anschrift des nächstgelegenen Zentrums finden Sie unter: https://europa.eu/european-union/contact_de

RUFEN SIE UNS AN ODER SCHREIBEN SIE UNS!

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union.

Sie erreichen diesen Dienst über die gebührenfreie Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (einige Mobilfunkbetreiber gewähren keinen Zugang zu 00800-Nummern oder berechnen möglicherweise eine Gebühr) oder gebührenpflichtig von außerhalb der EU unter der Telefonnummer +32 22999696 bzw. per E-Mail über

https://europa.eu/european-union/contact_de

FINDEN SIE VERÖFFENTLICHUNGEN ZU EUROPA

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt auf der Website des EU Bookshop:

<https://publications.europa.eu/de/publications>

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Die Europäische Kommission hat Büros (Vertretungen) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

https://ec.europa.eu/info/contact/local-offices-eu-member-countries_de

BÜROS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament verfügt in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union über ein Informationsbüro:

http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/information_offices.html

DELEGATIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union hat in vielen Teilen der Welt auch Delegationen:

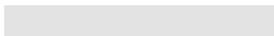
https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/area/geo_de

Die Europäische Union



* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2018)

 Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten

